



# Update aus Berlin

Dezember '22 (II)

**NEUES**  
aus dem Bundestag



## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

ein herausforderndes und arbeitsintensives Jahr liegt hinter uns...

...und wir haben viel geschafft, Wort gehalten und ein Stück weit die Lebensverhältnisse der Menschen in unserem Land verbessert. Das vergangene Jahr stand aber ebenso im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und multipler Krisen. Der Ruf nach Frieden bleibt ein zentraler politischer Auftrag.

Gleichwohl zeigt der Rückblick Licht und Schatten, kein Grund nur Grau in Grau zu malen. Mehr Fortschritt wagen – mit dem Ziel haben wir uns als Ampel vor einem Jahr an die Arbeit gemacht. Mit einer Reihe von Erfolgen im Gepäck können wir gut in das vor uns liegende Jahr gehen, die Menschen für uns gewinnen und zum demokratischen Engagement motivieren. Die Unterstützung, die ich in diesem Jahr selbst erfahren habe, war hilfreich und ermutigend. **Dafür ein herzlicher Dank!**

Ich wünsche Euch ein besinnliches Weihnachtsfest und **alles Gute für das kommende Jahr!**

Euer

*Bernhard Falter*



Weihnachtsessen mit meinem Team und einigen Ehemaligen – Danke!

## Inhalt

**Meine Rede zur Änderung des Raumordnungsgesetzes. >>> Meine Rede zur Modernisierung des Bundesbaus. >>> Regierungserklärung BK Olaf Scholz zum Europäischen Rat. >>> Preis für Gas und Fernwärme wird gedeckelt. >>> Die Strompreisbremse kommt. >>> Entlastungen für Heizöl- und Pellet-Verbraucher:innen kommen. >>> Entschiedenenes Vorgehen gegen Rechtsterrorismus. >>> Interview beim ARD-Mittagsmagazin über nachhaltiges Bauen. >>> Bundestag würdigt Annemarie Renger und Wolfgang Schäuble. >>> Praktikant Matthis Tasler im Berliner Büro. >>> Termine der Woche.**

## Meine Rede zur Änderung des Raumordnungsgesetzes



Mehr Wohnraum, mehr Klimafreundlichkeit, mehr Mobilität: Wir wollen staatliche Investitionen zur Transformation unseres Landes schnell, effizient und zielsicher umsetzen. Deshalb hat die Bundesregierung sich das Ziel gesetzt, die entsprechenden Verfahren stark zu beschleunigen. Die ROG-Novelle ist eines der hierfür vorgesehenen Vorhaben.

Davon profitieren Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnortvorhaben, für die das Raumordnungsgesetz die Schnittstelle bildet. Welche konkreten Maßnahmen die Gesetzesänderung vorsieht, hört Ihr in meiner Rede: [Link](#).

## Meine Rede zur Modernisierung des Bundesbaus

Wir stehen vor großen Aufgaben im Bundesbau, also dem Bauen und Erhalten von Gebäuden, die der Staat braucht: Der Bestand sowie zukünftige Bauvorhaben müssen den klimapolitischen Zielen der Bundesregierung entsprechen und auf den aktuellen Stand der Digitalisierung gebracht werden.



Das kann der Bund nur bewältigen, wenn die Verfahren erheblich verkürzt und vereinfacht werden. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Bundesbaus erhalten die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) mehr Verantwortung und mehr Handlungsspielräume. Damit wird der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, der BImA und dem BBR mehr Freiheiten zu verschaffen, um schneller bauen zu können.

Warum das so dringend erforderlich ist und das Gesetz schnellstmöglich in Kraft treten sollte, habe ich gestern Abend, in meiner letzten Rede des Jahres deutlich gemacht.

## Regierungserklärung BK Olaf Scholz zum Europäischen Rat

Am Mittwoch gab Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag eine Regierungserklärung anlässlich des EU-ASEAN-Gipfels und der Tagung des Europäischen Rates. Dabei blickte Olaf auch auf dieses herausfordernde Jahr zurück, das vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine geprägt war, der eine Zeitenwende für ganz Europa bedeutet.



Der Bundeskanzler machte dabei deutlich: Putin hat seine Pläne nicht erreicht, er hat sich fundamental verrechnet und sich getäuscht über den Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer und der Entschlossenheit Europas. Deutschland steht dabei fest an der Seite der Ukraine. Gemeinsam mit unseren Partnern unterstützen wir die Ukraine sowohl mit ziviler als auch militärischer Hilfe.

Der Krieg hat auch auf Deutschland enorme Auswirkungen. So musste Ersatz für die ausbleibenden Gaslieferungen aus Russland gefunden werden. In Rekordzeit wurden dafür Terminals für Flüssiggas aufgebaut. Olaf kündigte an, dass schon in den nächsten Tagen das erste dieser Terminals in Wilhelmshaven in Betrieb gehen wird. Der Kanzler betonte, auch in diesen Energiefragen ist die europäische Zusammenarbeit stärker als je zuvor. Gemeinsam werden wir den Ausbau erneuerbaren Energien vorantreiben und so dafür sorgen, nie wieder zu abhängig von einzelnen Lieferanten zu werden, und Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. An all diesen Herausforderungen zeigt sich wie wichtig eine starke europäische Zusammenarbeit und der Austausch mit unseren internationalen Partnern auf der ganzen Welt ist. Olaf begrüßte daher deutlich die EU-Beitrittsbestrebungen der Ukraine, Moldawiens und Georgiens sowie der Staaten des Westbalkans. Auch hob der Bundeskanzler die Wichtigkeit weiterer internationaler Dialoge hervor. So fand am Mittwoch erstmals ein Austausch der Staats- und Regierungschefs der EU mit dem Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN) statt, die ein bedeutender strategischer Partner der EU für eine regelbasierte internationale Ordnung, einem wirksamen und nachhaltigen Multilateralismus und dem Freihandel sind.

## Preis für Gas und Fernwärme wird gedeckelt

**Deutschland packt das**



**Wir senken die Kosten für Strom und Heizung.**

**Damit alle gut durch diese Krise kommen.**

**SPD**  
Fraktion im Bundestag

Diese Woche haben wir im Bundestag die Einführung einer Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme beschlossen. Sie gilt vom 1. März 2023 bis 30. April 2024 und rückwirkend auch für die Monate Januar und Februar 2023. Für private Haushalte, Unternehmen mit einem jährlichen Gasverbrauch unter 1,5 Millionen Kilowattstunden sowie Pflegeeinrichtungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen ist geplant, den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde zu begrenzen (Fernwärme 9,5 Cent). Verbraucht man mehr als 80 Prozent, zahlt man pro zusätzlicher Kilowattstunde Gas oder Wärme den aktuellen Preis des Energieversorgers.

Unternehmen mit einem Gasverbrauch von mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr erhalten einen Garantiepreis von 7 Cent pro Kilowattstunde für 70 Prozent ihrer bisherigen Verbrauchsmenge, bezogen auf den Verbrauch im Jahr 2021.

Zugleich sorgen wir dafür, dass Anreize zum Einsparen aufrechterhalten werden. Liegt der Verbrauch unter 80 Prozent, wird für jede Kilowattstunde Gaseinsparung zum neuen hohen Vertragspreis pro Kilowattstunde gespart. Der Einsparanreiz ist deshalb besonders hoch.

## Die Strompreisbremse kommt

Die am Mittwoch beschlossene Strompreisbremse für private Haushalte und Unternehmen gilt vom 1. März 2023 bis 30. April 2024 und rückwirkend auch für die Monate Januar und Februar 2023. Haushalte sowie kleinere Unternehmen, die weniger als 30.000 Kilowattstunden Strom im Jahr verbrauchen, erhalten 80 Prozent ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem garantierten Bruttopreis von 40 Cent pro Kilowattstunden. Verbraucht man mehr als 80 Prozent, fällt für jede weitere Kilowattstunde der neue hohe Preis im Liefervertrag an. Das bedeutet: Auch hier lohnt es sich, Strom einzusparen. Unternehmen mit einem Stromverbrauch von mehr als 30.000 Kilowattstunden im Jahr erhalten 70 Prozent ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem garantierten Netto-Arbeitspreis von 13 Cent pro Kilowattstunde.

Zur Finanzierung der Strompreisbremse sollen die Zufallsgewinne am Strommarkt abgeschöpft werden. Denn obwohl viele Energieunternehmen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Braunkohle oder Kernkraft weitgehend gleichbleibende Produktionskosten haben, erhalten sie für den von ihnen produzierten Strom den derzeit sehr hohen Marktpreis. Diese Zufallsgewinne ziehen wir heran, um Strom für die Verbraucher:innen günstiger zu machen.

## Entlastungen für Heizöl- und Pellet-Verbraucher:innen kommen

Für Euch verhandelt:

# Hilfen beim Heizen mit Öl und Pellets!

Wir lassen niemanden alleine.



In den parlamentarischen Beratungen haben wir außerdem erreicht, dass auch Verbraucher:innen Hilfen erhalten, die hohe Kostensteigerungen beim Heizen mit Öl, Pellets, Flüssiggas oder anderen Energieträgern hatten, die nicht wie Gas oder Strom über eine Leitung in die Haushalte kommen. **Wie soll es funktionieren?** Wenn sich eure Rechnung im Jahr 2022 (Stichtag 1.12.) im Vergleich zum Referenzwert X mehr als verdoppelt hat und die Differenz über 100 Euro liegt (Bagatellgrenze), sollt ihr 80 Prozent dieser Differenz über der Bagatellgrenze erstattet bekommen.

Der geeignete Referenzwert wird gerade noch mit dem Statistischen Bundesamt ermittelt. Und die berühmte Villa mit Pool? Wird nicht durchfinanziert! Dafür haben wir eine Obergrenze eingezogen. Privat Haushalte sollen maximal 2.000 Euro erstattet bekommen.

Für diese Hilfen bei Öl, Holzpellets und Co. stellen wir den Ländern 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Die sind auch für die Auszahlung zuständig. Das Ganze muss jetzt in den nächsten Wochen noch in eine gemeinsame Vereinbarung mit den Bundesländern gegossen werden.

## Entschiedenenes Vorgehen gegen Rechtsterrorismus

Dank tausender Ermittler:innen ist mit einem Anti-Terroreinsatz erfolgreich ein rechtsterroristisches Netzwerk aufgedeckt worden, das einen Staatsstreich plante. Die Ereignisse zeigen: Unsere Demokratie muss vor ihren Feinden geschützt werden, in diesem Fall von innen. Unsere Sicherheitsbehörden sind wachsam, wehrhaft und besonnen. Klar ist auch, dass wir immer Recht hatten mit der Einschätzung, dass die größte Gefahr für unsere Gesellschaft von rechts ausgeht.

Rechtsextremisten sitzen aufgrund der AfD in den Parlamenten, man findet sie in den Sicherheitsbehörden und in der Bundeswehr. Das ist sehr besorgniserregend. Es ist gut, dass Bundesinnenministerin Faeser voraussichtlich noch vor Jahresende einen Gesetzentwurf vorlegen wird, um Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen zu können. Außerdem wird die Bundesregierung das Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen. Doch insbesondere die Rolle der AfD bleibt tückisch: Mögliche Verzweigungen der Verschwörer in den Bundestag hinein müssen dringend untersucht werden. Teile der Partei sind und bleiben gefährlich. Wir dürfen nicht nachlassen in unserem politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement, damit die AfD mit ihren Verfassungsfeinden nicht mehr in den Bundestag einzieht.

## Interview beim ARD-Mittagsmagazin über nachhaltiges Bauen

"Abgerissen statt saniert" - das ist etwas, was heutzutage immer mehr renovierungsbedürftigen Häusern blüht. Und das, obwohl Sanieren in der CO2-Bilanz in der Regel deutlich besser abschneidet. Wie wir dafür politische Rahmenbedingungen schaffen können, um so letztendlich die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen, darüber durfte ich gestern im ARD-Mittagsmagazin sprechen. [Schaut unter diesem Link gerne mal rein.](#)



Das Interview beginnt ab 03:50. Übrigens: Im Haushalt für 2023 haben wir, um dem aktuellen Trend entgegen zu wirken, unter anderem 16,9 Milliarden für die Gebäude-sanierung veranschlagt.



## Bundestag würdigt Annemarie Renger und Wolfgang Schäuble

Am Donnerstagmorgen würdigten wir im Plenum zwei bedeutende Persönlichkeiten des deutschen Parlamentarismus. Mit der Sozialdemokratin Annemarie Renger wurde vor 50 Jahren am 13. Dezember 1972 erstmals eine Frau an die Spitze eines freigewählten Parlaments gewählt. Parlamentspräsidentin Bärbel Bas hob die Verdienste ihrer Vorgängerin hervor, dass „Frauen heute selbstverständlich ihren Platz in Politik und Gesellschaft“ einnehmen, sei nicht zuletzt der „parlamentarischen Pionierarbeit“ von Annemarie Renger zu verdanken. Der 13. Dezember 1972 war auch der erste Arbeitstag des Abgeordneten Wolfgang Schäuble, der seitdem ununterbrochen dem Bundestag angehört. Das ist einmalig in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Bärbel Bas würdigte Schäuble für sein Engagement, das er in den vergangenen Jahrzehnten u.a. auch als CDU-Fraktionsvorsitzender, Bundesminister und Parlamentspräsident zeigte.

## Praktikant Matthis Tasler im Berliner Büro

In den vergangenen acht Wochen hat Matthis Tasler mein Berliner Büro verstärkt. Im Rahmen seines Politikstudiums in Münster hat er ein Praktikum bei mir absolviert.

Matthis konnte in den letzten Wochen die Beratung vieler spannende Themen im Bundestag mitverfolgen. So wurde mit der Einführung des Bürgergeldes die größte Sozialstaatsreform der letzten 20 Jahre auf dem Weg gebracht. Mit der Reform des Wohngeldes wurden die Leistungen und die Anzahl der Antrags-berechtigten deutlich ausgeweitet.



Ebenso wurde Ende November der Bundeshaushalt 2023 abschließend im Bundestag beraten und verabschiedet. Besonders hat mich und mein Büro in den letzten Wochen auch das Jahressteuergesetz 2022 beschäftigt, an dem ich als Mitglied des Finanzausschusses mitgewirkt habe und das wichtige Anreize für mehr Wohnungsbau und Erneuerbare Energien schafft.

Mit meinem Team zusammen unterstützte mich Matthis unter anderem bei der Beantwortung von Bürgerfragen, bei der Vorbereitung von Terminen und dem Verfassen von Beiträgen für das Update. Zudem hat er mich zu einigen Veranstaltungen begleitet und Ausschuss- und Plenarsitzungen von der Besuchertribüne aus verfolgt. Vielen Dank für deine Unterstützung!

Mein Team und ich hatten eine schöne Zeit mit dir und wünschen dir weiterhin viel Erfolg!